

Wunsiedel

Wunsiedler Bürgermeister Beck sitzt auf der Anklagebank

DIE STAATSANWALTSCHAFT WIRFT DEM STADTOBERHAUPT UNTREUE VOR. DABEI GEHT ES UM ZWEI STÄDTISCHE FAHRZEUGE, DIE DER RATHAUSCHEF EINEM MITARBEITER ÜBER JAHRE ÜBERLASSEN HAT.

Wunsiedel - Normalerweise ist es der Wunsiedler Bürgermeister Karl-Willi Beck gewohnt, mit Millionenbeträgen zu jonglieren. Meist geht es dabei um die Frage, ob die Festspielstadt jetzt mit 35, 120 oder gar 200 Millionen Euro verschuldet ist. Letztlich lässt sich die Frage nicht eindeutig beantworten. Doch nun sitzt Beck wegen genau 1313,92 Euro auf der Anklagebank. Diese Summe zulasten der Stadt Wunsiedel soll der Bürgermeister "billigend in Kauf genommen haben", wie es in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Hof heißt. Und daher steht der Verdacht der Untreue im Raum.

Bei dem Verfahren, das am Freitagvormittag am Amtsgericht in Wunsiedel verhandelt wurde, geht es um die Frage, ob Beck in der Zeit vom 30. März 2012 bis 23. April 2014 zu Unrecht zwei Dienstfahrzeuge der Stadt einem leitenden Mitarbeiter überlassen hat. Der städtische Angestellte durfte die Autos in begrenztem Umfang auch für private Zwecke nutzen und mit einer Tankkarte der Stadt tanken.

Wie die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift auf den Cent genau aufdröselte, sind der Stadt wegen der eigenmächtigen Überlassung der Autos 1313,92 Euro Schaden entstanden. Der leitende Mitarbeiter soll Beck um ein Dienstfahrzeug gebeten haben. Dieser befürwortete das Ansinnen und überließ dem Angestellten einen BMW 318. Vereinbart war zudem, dass der Mitarbeiter das Auto pro Jahr maximal 6000 Kilometer für private Zwecke nutzen darf. "In der Zeit vom 30. März 2012 bis 27. März 2013 ist der Angestellte 6113 Kilometer privat und 1702 Kilometer von seiner Wohnung zur Arbeitsstelle mit dem Auto unterwegs gewesen", heißt es in der Anklageschrift. Bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 7,6 Liter auf 100 Kilometer und einem Benzinpreis von 1,50 Euro pro Liter sind der Stadt insgesamt 890,91 Euro Schaden entstanden. Im Jahr darauf hat der Angestellte einen neuen BMW erhalten, diesmal einen Diesel. Die 5320 Kilometer Privatfahrten und 1592 Kilometer zwischen Wohnung und Arbeitsplatz haben die Stadt 423,01 Euro gekostet.

Richter Benedikt Stangl unterbrach am Freitag das Verfahren, da die von der Staatsanwaltschaft am 24. Mai an die Kanzlei des Anwalts von Bürgermeister Beck gesendeten Akten offenbar noch mit der Post unterwegs sind.

Frankenpost, den 08.06.2018; Autor: Matthias Bäumler